



## ایران رپورت

### Iran-Report

01/21

Januar 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

---

Innenpolitik	2
Kultur	11
Wirtschaft	12
Aussenpolitik	15

---

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an [info@boell.de](mailto:info@boell.de) können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

---

#### IMPRESSUM

---

Autor: Bahman Nirumand  
Redaktion: Anja Hoffmann  
V.i.S.d.P.: Annette Maennel  
20. Jahrgang

---

## INNENPOLITIK

---

Ruhollah Sam erhängt / Bekannter Geistlicher macht Chamenei für Verbrechen verantwortlich / Parlament: Debatte zur Zulassung von Militärs als Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen / Iran: Atomphysiker wurde mit ferngesteuerter Waffe getötet / 40 Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft bestraft / Neun Jahre Haft für iranisch-britischen Forscher / Menschenrechtsaktivistin Sotoudeh wieder im Gefängnis / Grab von Afkari geschändet / Film über Aktivitäten der Geheimdienste belebt Diskussion über Sicherheitslage des Landes / Über 50.000 Corona-Opfer, über eine Million Infizierte

---

### RUHOLLAH SAM ERHÄNGT

Wie iranische Medien meldeten, wurde der bekannte Journalist, Blogger und Betreiber der Website „Amad News“ Ruhollah Sam am frühen Morgen des 12. Dezember in Teheran erhängt. Sein Vater, Mohammad Ali Sam, ein bekannter Geistlicher, der ihn als Letzter am Vorabend gesehen hatte, sagte, sein Sohn sei bis zuletzt nicht über die Bestätigung des Urteils durch das Oberste Gericht informiert gewesen. Zwar war die Bestätigung vier Tage vor der Vollstreckung des Urteils durch die Medien bekanntgegeben worden. Aber Sam, der sich in Isolationshaft befand, hatte davon nichts erfahren. Im Gegenteil, der für seine Akte zuständige Beamte des Geheimdienstes der Revolutionsgarden habe ihn getröstet und gesagt: „Sei unbesorgt. Wenn deine Angehörigen weinen, ist das ein Zeichen der Freude und nicht der Trauer. So einfach wird niemand hingerichtet. Sollte die Bestätigung kommen, werden wir dich rechtzeitig informieren,“ berichtete der Vater. Er und seine Familie hatten am Vorabend der Hinrichtung die Erlaubnis bekommen, den Sohn zu besuchen. Ihnen sei aber nicht mitgeteilt worden, dass der Sohn am nächsten Tag hingerichtet werden sollte, sagte er. Er frage sich, welche juristischen und politischen Zwänge es für die in Eile vollzogene Hinrichtung gegeben habe. Sein Sohn habe nicht einmal ein Testament für seine Frau und seine unmündigen Kinder schreiben können. Die Staatsanwaltschaft dementierte diese Aussagen und warnte den Vater vor „unkorrekten Stellungnahmen“.

Sam wurde beschuldigt, für Israel und Frankreich spioniert, mit der US-Regierung zusammengearbeitet und geheime Informationen beschafft und weitergeleitet zu haben. Das Gericht begründete das Urteil mit Geständnissen des Angeklagten, Geständnisse, die wie in der iranischen Justiz üblich, durch Folter erzwungen worden waren. Sams „Geständnisse“ wurden mehrmals im staatlichen Fernsehen gesendet.

Vater Sam hatte im Sommer gegen das Urteil protestiert, das er als „unislamisch und ungerecht“ bezeichnete.

Sam lebte als anerkannter Flüchtling im französischen Exil, er wurde im Oktober vergangenen Jahres unter mysteriösen Umständen nach Irak gelockt und von dort aus nach Iran verschleppt.

Die Revolutionsgarden gaben am 14. Oktober offiziell zu, „einen oppositionellen Iraner, der im französischen Exil lebte, entführt“ zu haben. In der Erklärung der Garden heißt es: Ruhollah Sam sei im Zuge einer „komplexen und professionellen Operation“ verhaftet worden.

Sam war der Betreiber des regimekritischen Nachrichtenkanals Amad News auf dem Kurznachrichtendienst Telegram. Amad News wurde vor zwei Jahren auf Antrag Irans geschlossen. Schon zuvor hatte Sam erklärt, dass er die Leitung des Nachrichtenkanals anderen Kollegen überlassen habe. Das staatliche Fernsehen zeigte Aufnahmen von der Festnahme Sams und wie er mit verbundenen Augen zum Gefängnis gebracht wurde. Wenige Tage später „gestand“ Sam, über lange Jahre als Agent tätig gewesen zu sein.

Sam wurde zum ersten Mal bei den Protestdemonstrationen 2009 gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad verhaftet. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis flüchtete er zunächst nach Malaysia und danach nach Frankreich. Dort gründete er den Nachrichtenkanal Amad News, der im Zug der landesweiten Proteste im Januar 2018 mehr als zwei Millionen Mitglieder hatte und damit die Unruhen nicht unerheblich beeinflussen konnte. Daher wurde Sam auch beschuldigt, im Auftrag ausländischer Geheimdienste die Unruhen geschürt zu haben. Damals forderte Iran Telegram auf, den Kanal zu schließen. Auch Sams Angehörige in Iran wurden unter Druck gesetzt. Der Vater, der stellvertretender Leiter des Kulturamts für Freihandelszonen in Iran war, wurde seines Postens enthoben. Andere seiner Angehörigen wurden Repressalien ausgesetzt.

Frankreich verurteilte damals die Entführung. Sam sei anerkannter Flüchtling gewesen, die Umstände seiner Entführung seien nicht bekannt, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums in Paris.

Die französische Zeitung Figaro schrieb, jemand habe Sam versichert, er habe für ihn ein Gespräch mit dem schiitischen geistlichen Oberhaupt im Irak, Ayatollah Sistani, arrangiert. Doch eine iranische Nachrichtenagentur zitierte einen Sprecher des Büros von Ayatollah Sistani mit den Worten: „Sam hat weder direkt noch indirekt zu Ayatollah Sistani Kontakt gehabt. Auch hat niemand den Geistlichen um ein Gespräch mit Sam gebeten. Alle Berichte über derartige Kontakte sind "nichts als Lügen".“

Irans Regierungssprecher Ali Rabii sagte am 16. Oktober 2019, der Fall Sam dürfe nicht zu neuen Vorwürfen und Spekulationen gegen Iran führen. „Wir sollten nicht schnell urteilen, sollten den Revolutionsgarden Zeit lassen, um ihre Forschungen fortzusetzen. Irans Geheimdienstchef Mahmud Alawi schickte ein Schreiben an den Oberkommandierenden der Revolutionsgarden, in dem er ihn „für die erfolgreiche Aktion zur Festnahme von Ruhollah Sam, Leiter der feindlichen Amad News,“ beglückwünschte. Der Abgeordnete Ali Motaharri sagte, die Berichte, die Amad News veröffentlicht hätte, zeugten davon, dass er Informanten im Staatssystem gehabt habe. Es gehe nun darum, herauszufinden, wer zu seinen Verbindungsleuten zählte. Tatsächlich hatte Amad News Berichte veröffentlicht, die zum Teil aus inneren Kreisen der Staatsführung stammten. Allerdings gab es darunter auch sensationelle Nachrichten, die nicht den Tatsachen entsprachen. Wer seine Informanten im Staatsapparat waren, wurde entweder nicht ermittelt oder nicht öffentlich bekanntgegeben.

Präsident Hassan Rohani nahm am 14. Dezember auf einer Pressekonferenz in Teheran zu Sams Hinrichtung Stellung. Die Hinrichtung sei aufgrund eines Gerichtsurteils erfolgt. Die Justiz sei „unabhängig von der Regierung.“ Auf die Frage, ob die Hinrichtung eine negative Wirkung auf die Beziehung Irans zu den EU-Staaten haben würde, sagte Rohani: „Ich glaube nicht, dass die Hinrichtung unsere Beziehung zu Europa beeinträchtigen wird. (...) Vielleicht ist es für das Leben von Sam nicht gut gewesen, dass er hingerichtet wurde,“, sagte er weiter und kritisierte, dass die Europäer sich „so betroffen“ gezeigt hätten. (Zu den Reaktionen der EU-Staaten s. Seite 19/20)

### **BEKANNTER GEISTLICHER MACHT CHAMENEI FÜR VERBRECHEN VERANTWORTLICH**

Der bekannte Geistliche Mahmud Madsch machte bei einem Vortrag, der auf einem Video aufgenommen und auf Instagram verbreitet wurde, Chamenei für alle Verbrechen, die seit 2009 in Iran begangen wurden, verantwortlich. 2009 fanden landesweite Proteste gegen die umstrittene Wiederwahl des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad statt. Sie wurden brutal niedergeschlagen.

Madschd übte scharfe Kritik an der unerwarteten Hinrichtung des Journalisten Ruhollah Sam. Er bezeichnete ihn als „unschuldigen Märtyrer,“ dem Unrecht widerfahren sei. Er forderte Revolutionsführer Chamenei auf, „Reue zu üben und die Verfassung zu reformieren, damit die Menschen in Freiheit leben können.“ Die Fortsetzung des gegenwärtigen Zustands werde in den Tod führen, sagte der renommierte Geistliche.

Madschd wurde bei den Unruhen von 2009 bekannt. Damals hielt er Reden und veröffentlichte Erklärungen zugunsten der Demonstrierenden und der Grünen Bewegung. Das war auch der Grund dafür, dass seine Bewerbung bei der Wahl der Expertenversammlung 2015 vom Wächterrat abgelehnt wurde. Madschd ist Verfasser einiger Bücher. Sein Spezialgebiet ist islamische Ethik.

Vor 2009 gehörte Madschd zu den Anhängern Chameneis. Damals war er der Imam der Moschee an der Teheraner Universität und brachte den Studenten islamische Moral und Ethik bei. Bei den Präsidentschaftswahlen unterstützte er die Kandidatur von Mir Hossein Mussawi. Seine Erlebnisse bei der Niederschlagung der Proteste sowie beim Sturm der Revolutionsgarden und der Basidsch-Milizen auf die Universität führten dazu, dass er immer kritischer gegen Chamenei und die politische Führung Stellung nahm.

In einem Interview, das Madschd vor einigen Jahren mit der Agentur Schafaghna führte, die über Ereignisse der islamischen Welt berichtet, sagte er: „Einige von uns Geistlichen lügen, (...) begehen Verbrechen, sind bereit, für Geld und Macht alles zu opfern. Dieses Verhalten hat dazu geführt, dass viele Menschen ihren Glauben verloren haben. Für dieses Fehlverhalten sind wir alle verantwortlich.“

Die nun erfolgte Stellungnahme von Madschd hat heftige Reaktionen, vor allem in den Kreisen der Geistlichen, hervorgerufen. Der Geistliche Aliresa Araghi, der eine Erklärung der Theologischen Hochschule der Pilgerstadt Ghom unterzeichnet hat, bezeichnete Madschd als „naiv und unverschämt.“ „Alle Theologischen Hochschulen stehen geschlossen hinter Revolutionsführer Chamenei,“ hieß es in der Erklärung. In der Stadt Kermanschah gab es gegen Madschd eine Protestkundgebung. Die Medien verglichen Madschd mit einem Gefährten des Propheten Mohammad, der ihn aber auf halbem Weg verlassen hat. Die Agentur Fars schrieb: „Madschd war eine große Persönlichkeit, doch er geriet auf einen Irrweg.“

### **PARLAMENT: DEBATTE ZUR ZULASSUNG VON MILITÄRS ALS KANDIDATEN BEI DEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN**

Bei der Debatte über eine Reform des Wahlgesetzes zur Wahl des Staatspräsidenten wurde ein Paragraph zur Debatte gestellt, der den Militärs untersagt, sich um das Amt des Präsidenten zu bewerben.

In dem ursprünglichen Gesetz hieß es: „Hochrangige Militärs können sich um das Amt des Präsidenten bewerben.“ Der Abgeordnete Gholamresa Nuri Ghasladsch behandelte die Streichung des Zusatzes „hochrangig.“ Es gebe nur wenige hochrangige Offiziere und es sei nicht nachvollziehbar, warum nicht andere Offiziere aus den mittleren und unteren Rängen als Bewerber zugelassen werden sollten. Allerdings sei Ayatollah Chomeini, Gründer der Islamischen Republik, strikt gegen die Übernahme politischer Ämter durch Militärs gewesen, fügte er hinzu. Auch er teile diese Meinung und schlage daher vor, den Satz ersatzlos zu streichen.

Andere Abgeordnete lehnten diesen Antrag ab, mit der Begründung, nach der Verfassung hätten alle Bürger die gleichen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Das gelte auch für Militärs. Über den Antrag wurde abgestimmt. 207 Abgeordnete lehnten ihn ab, 25 stimmten zu und fünf Abgeordnete enthielten sich. Das bedeutet, dass hochrangige Offiziere sich um das Amt des Präsidenten bewerben können.

Die ganze Diskussion, die nicht nur im Parlament, sondern auch in den Medien seit Wochen geführt wird, kam zustande, weil viele Indizien darauf hindeuten, dass die Militärs die Absicht haben, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen die Regierung zu übernehmen.

Einer, dessen Name in diesem Zusammenhang häufig genannt wird, ist der amtierende Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf. Er war eine Zeit lang Oberbefehlshaber der Luftwaffe der Revolutionsgarden, Kommandant des „Aufbaustützpunkts Khatam al Anbia,“ des gigantischen Wirtschaftskomplexes der Garden, sowie Chef der Polizei. Zuletzt war er Bürgermeister von Teheran. Er versuchte mehrmals vergeblich, die Regierung zu übernehmen. Nun versucht das Parlament, sowohl Ghalibaf als auch den Militärs alle Wege zur Übernahme der Regierung zu ebneten.

Als erster hochrangiger Offizier hat General Hossein Dehghan, derzeit militärischer Berater des Revolutionsführers, seine Kandidatur gemeldet.

Die Reform des Wahlgesetzes hat nicht allein die Kandidatur der Militärs erleichtert, sondern auch andere bemerkenswerte Neuigkeiten gebracht. Zum Beispiel werden Bewerber, die früher neben der iranischen eine weitere Staatsbürgerschaft besessen haben oder besitzen, nicht zur Wahl zugelassen, ebenso Bewerber, die eine Aufenthaltserlaubnis oder Greencard eines anderen Landes haben. Das Mindestalter für Kandidaten wurde auf 40 Jahre, das Höchstalter auf 70 Jahre festgelegt.

Indes erklärte der Wächterrat, der für die Zulassung der Bewerber verantwortlich ist, am 19. Dezember, bei der Zulassung von Militärs als Kandidaten spiele ihr Rang keine Rolle. Allerdings müssten sie, wenn sie sich bewerben wollten, ihren Posten aufgeben, sagte Ratssprecher Abasali Kadchodai.

### **IRAN: ATOMPHYSIKER WURDE MIT FERNGESTEUERTER WAFFE GETÖTET**

Ali Fadawi, stellvertretender Kommandeur der Revolutionsgarden, erklärte am 7. Dezember, Nachforschungen hätten ergeben, dass der iranische Kernphysiker Mohssen Fachrisadeh, der Ende November einem Terroranschlag erlag, durch über Satelliten ferngesteuerte automatische Waffen getötet worden sei. Die Angreifer hätten eine „fortschrittliche Kamera und künstliche Intelligenz“ eingesetzt. Ein „Maschinengewehr, das auf einem Nissan Pickup“ montiert gewesen sei, habe genau auf das Gesicht des Physikers gezielt und 13 Schüsse abgefeuert. Der Angriff sei so genau gewesen, dass nicht einmal die Frau des Physikers, die nur 25 Zentimeter neben ihm saß, getroffen worden sei. Bei dem Anschlag sei kein einziger Täter am Ort gewesen. Es habe sich um einen „völlig neuen Stil und eine völlig neue Methode“ gehandelt.

Das englischsprachige Press TV berichtete, ohne eine Quelle zu nennen, die bei dem Anschlag eingesetzte Waffe stamme aus Israel. Zuvor hatte Eli Cohen, Israels Geheimdienstminister, erklärt, er habe keine Ahnung, wer für den Anschlag verantwortlich sei.

Iranische Medien äußerten nahezu einheitlich die Ansicht, der Anschlag sei von Israel in Kooperation mit den USA und möglicherweise Saudi-Arabien verübt worden. Die Regierung in Teheran hielt das Attentat für eine Provokation, um Iran zu Reaktionen zu verleiten, die einen Grund für einen Angriff auf das Land liefern könnten, und um dem künftigen US-Präsidenten Joe Biden die Rückkehr zum Atomabkommen zu erschweren. „In diese Falle sollten wir definitiv nicht tappen,“ sagte Regierungssprecher Ali Rabii am 29. November.

Auch Präsident Hassan Rohani betonte, Iran wolle alles tun, um eine Eskalation der Lage zu vermeiden. Iran werde zu gegebener Zeit den Verantwortlichen die richtige Antwort geben. Demgegenüber schworen die Hardliner Rache. „Der kriminelle Feind wird diese Tat nicht bereuen, solange wir keine konsequente Reaktion zeigen,“ sagte Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf.

Revolutionsführer Ali Chamenei forderte eine „entschlossene Bestrafung“ der Verantwortlichen. Zudem sollten die Aktivitäten Fachrisadehs verstärkt und mit aller Kraft fortgesetzt werden. Außenminister Mohammad Dschawad Sarif forderte auf Twitter die EU-Staaten dazu auf, „ihre beschämenden Doppelstandards aufzugeben und diesen Akt des Staatsterrors zu verurteilen.“

Dass das Attentat gegen eine der am meisten geschützten Personen erfolgreich durchgeführt werden konnte, stellte die Fähigkeiten der iranischen Geheim- und Sicherheitsdienste in Frage. Hossein Dehghan, militärischer Berater des Revolutionsführers, sprach von einer „Lücke im Sicherheitsnetz.“ Zwar wies er die Behauptung der Kritiker zurück, Fachrisadeh sei nicht sorgfältig genug geschützt worden. Er sagte aber zugleich, das Attentat habe gelingen können, weil es offensichtlich im Sicherheitsapparat Lücken gebe, durch die die Feinde eingedrungen seien.

#### **40 PERSONEN MIT DOPPELTER STAATSBÜRGERSCHAFT BESTRAFT**

Ali Bagheri Kani, Vizejustizchef und verantwortlich für Menschenrechte in Iran, sagte bei einem Treffen mit dem deutschen Botschafter Hans-Udo Muzel, seit Bestehen der Islamischen Republik seien vierzig Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft von der Justiz verfolgt und bestraft worden. Den iranischen Medien zufolge sagte Kani: „Aus der Sicht der Islamischen Republik ist die doppelte Staatsbürgerschaft weder ein Privileg, um bevorzugt, noch ein Grund, um ungerecht behandelt zu werden.“ Er warf der deutschen Regierung vor, mit der Warnung an Iranerinnen und Iraner, nicht in ihre Heimat zu reisen, antiiranische Stimmung erzeugen zu wollen.

Das Auswärtige Amt in Berlin hatte die Deutschen, vor allem Iraner/innen mit deutscher Staatsbürgerschaft, vor Reisen nach Iran gewarnt. Sie sollten soweit wie möglich auf nicht notwendige Reisen nach Iran verzichten, hieß es. In der Vergangenheit und auch in der Gegenwart wurden und werden Personen mit iranischer und deutscher Staatsbürgerschaft „ohne nachvollziehbaren Grund“ in Iran festgenommen. Weitere Festnahmen seien durchaus möglich, hieß es.

Offiziellen Angaben zufolge befinden sich derzeit vier Personen mit deutsch-iranischer Staatsbürgerschaft in iranischer Haft, unter ihnen die 66-jährige Nahid Taghawi. Sie lebt in Köln und fährt jedes Jahr zum Besuch ihrer Familie nach Iran. Bei ihrem letzten Besuch im November letzten Jahres wurde sie von Einheiten der Revolutionsgarden festgenommen. Die Tageszeitung Die Welt berichtete kürzlich, die Zahl der Inhaftierten sei höher als offiziell angegeben. Damit wolle Iran auf Deutschland Druck ausüben. Die Regierung in Berlin erklärte, sie sei über die vier Personen, die sich aus politischen Gründen in iranischer Haft befinden, informiert.

#### **NEUN JAHRE HAFT FÜR IRANISCH-BRITISCHEN FORSCHER**

Meldungen der Nachrichtenagentur Tasnim vom 13. Dezember zufolge hat ein Revolutionsgericht den iranisch-britischen Anthropologen Kamil Ahmadi zu neun Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 580 000 Euro verurteilt. Die britische Regierung zeigte sich „äußerst besorgt.“ Der Anwalt Ahmadis, Amir Raisian, erklärte, er werde Revision beantragen und hoffe, dabei Erfolg zu haben.

Ahmadi wurde für schuldig befunden, mit europäischen Vertretungen kooperiert und für Homosexualität geworben zu haben. Ferner soll er falsche Informationen über die Lage der Menschenrechte in Iran an die UNO weitergeleitet haben. Auch soll er als BBC-Reporter in Israel gewesen sein.

Ahmadi ist iranischer Kurde. Er lebte seit einigen Jahren in Iran und forschte vor allem zu Zwangsverheiratung von jungen Mädchen und Genitalverstümmelung bei Frauen. Im Oktober 2009 wurde er unter dem Vorwurf, zu ausländischen Instituten und Geheimdiensten Kontakt zu haben, festgenommen, wurde aber nach wenigen Monaten gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Die Agentur Tasnim, die den Revolutionsgarden nahesteht, behauptete, Ahmadi habe für die Zusammenarbeit mit Umstürzlergruppen und die Durchführung von schädlichen Projekten Geld bekommen.

Ahmadi wurde von der George Washington Universität in den USA für seine Arbeit „Die verbotene Stadt – eine Studie über Andersdenkende in Iran“ mit einem Preis ausgezeichnet. Seine Frau, Schafagh Rahmani, sagte, alle Aktivitäten ihres Mannes seien legal und im Auftrag renommierter Universitäten und mit der Zustimmung des Ministeriums für Kultur und Islamische Führung gewesen.

### **MENSCHENRECHTSAKTIVISTIN SOTOUDEH WIEDER IM GEFÄNGNIS**

Die Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Nassrin Sotoudeh musste nach dreiwöchigem Hafturlaub wieder ins Gefängnis. „Sie haben mich aufgefordert, wieder ins Gefängnis zurückzugehen. Das werde ich heute tun,“ schrieb sie auf der Facebook-Seite ihres Mannes. Die 57-jährige Anwältin bat alle Menschenrechtsaktivisten, sich um das Schicksal des zum Tode verurteilten Gefangenen Ahmad Resa Dschalali zu kümmern. Sotoudeh war drei Wochen zuvor auf das Coronavirus getestet worden. Das Ergebnis war positiv. Sie hatte sich in dem südlich der Hauptstadt Teheran gelegenen Frauengefängnis Gharchak, wo die hygienischen Zustände katastrophal sind, angesteckt. Deswegen bekam sie Hafturlaub. Doch noch bevor die vorgeschriebene Zeit, die sie in Quarantäne verbringen musste, um war, wurde sie zur Rückkehr ins Gefängnis aufgefordert.

„Ich kehre ins Gefängnis zurück, dorthin, wo ich hunderte Mitgefangene verlassen hatte,“ schrieb Sotoudeh. „Dort hatte ich mein Herz zurückgelassen. So ist es immer. Angesichts dieser Umstände mag ich nicht berichten, dass ich in den drei Wochen (Hafturlaub) wegen der Corona-Infektion meine Kinder nicht umarmen durfte. Aber ich fühle mich verpflichtet, meine Sorge um das Schicksal von Ahmad Resa Dschalali mitzuteilen, und alle, die es können, zu bitten, sich um ihn zu kümmern. Lasst Ahmad Resa Dschalali frei, und zwar heute! Nassrin Sotoudeh.“

Den Angaben von Sotoudehs Mann Resa Chandan zufolge, hatte der Amtsarzt den Hafturlaub Sotoudehs um zwei Wochen verlängert. Dennoch sei sie am Morgen telefonisch aufgefordert worden, ins Gefängnis zurückzukehren, sagte er. Sie sei ohnehin durch ihren fast 50-tägigen Hungerstreik körperlich stark geschwächt gewesen. Zudem leide sie an einer Herzschwäche.

Sotoudeh, die sich als Anwältin besonders für die Rechte der Frauen und gegen die Todesstrafe einsetzte, wurde 2018 wegen staatsfeindlicher Propaganda zu einer Gefängnisstrafe von 33 Jahren und sechs Monaten verurteilt. Zusätzlich sollte sie mit 148 Peitschenhieben bestraft werden.

Laut dpa vom 3. Dezember hat die Right-Livelihood-Stiftung in Schweden die Rückführung Sotoudehs ins Gefängnis scharf kritisiert. „Das ist eine unerhörte Ungerechtigkeit,“ erklärte Ole von Uexküll, Exekutiv-Direktor der Stiftung. „Mit diesem jüngsten Schritt haben die

iranischen Behörden gezeigt, dass sie alles daransetzen werden, Sotoudeh ihr legitimes Recht zu verweigern, auf eine gerechte Gesellschaft hinzuarbeiten.“ Die iranische Justiz solle unverzüglich alle Anschuldigungen gegen Sotoudeh zurücknehmen und die Anwältin sofort freilassen, forderte von Uexküll.

### **GRAB VON AFKARI GESCHÄNDET**

Wenige Stunden nachdem der Vater und der Bruder des hingerichteten Ringers Navid Afkari festgenommen wurden, wurde Afkari's Grab von Unbekannten völlig zerstört. Zuvor waren die Angehörigen Afkari unter Druck gesetzt worden, auf einen Grabstein zu verzichten. Die Schwester von Afkari veröffentlichte auf Instagram Fotos des zerstörten Grabs. Darunter schrieb sie: „Hier ist kein Kriegsschauplatz, hier ist das Grab von unserem Navid, das zerstört und geschändet wurde.“

Der Vater und ein Bruder von Navid waren auf dem Friedhof festgenommen worden. Einige Stunden später wurden sie wieder freigelassen.

Der bekannte Ringer Navid Afkari wurde am 12. September hingerichtet. Der 27-jährige hatte vor zwei Jahren an einer Protestdemonstration in der Stadt Schiras im Süden des Landes teilgenommen. Er wurde unter dem Vorwurf, einen Sicherheitsbeamten des Wasser-Kanalisationsamtes getötet zu haben, festgenommen und später von einem Revolutionsgericht der Provinz zu zweimaligem Tod, vier Jahren und vier Monaten Gefängnis sowie 74 Peitschenschlägen verurteilt. Auch zwei seiner Brüder erhielten hohe Strafen. Afkari hat bis zuletzt den Vorwurf bestritten. Er und seine Brüder erklärten mehrmals, dass sie unter Folter zu falschen Geständnissen gezwungen worden seien.

Die Hinrichtung Afkari's hatte zu weltweiten Protesten geführt, vor allem, weil die Hinrichtung völlig unerwartet und praktisch bei Nacht und Nebel erfolgte.

### **FILM ÜBER AKTIVITÄTEN DER GEHEIMDIENSTE BELEBT DISKUSSION ÜBER SICHERHEITSLAGE DES LANDES**

Ein vom Informationsministerium veröffentlichter Dokumentarfilm über die Arbeit der Geheimdienste versucht, die sich in letzter Zeit häufenden Anschläge, auf Mangel an Koordination der Sicherheitsorgane zurückzuführen. Der Zufall wollte, dass genau einen Tag nach der Veröffentlichung des Films der Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh einem Terroranschlag zum Opfer fiel und damit die Kritik an der Arbeit der Geheimdienste neu belebte.

Sind die offensichtlichen Sicherheitslücken tatsächlich auf den Mangel an Kooperation der Geheimdienste zurückzuführen, wie der Dokumentarfilm „Die namenlose Auszeichnung“ behauptet? Wie ist es mit der Konkurrenz zwischen den Geheimdiensten, die offiziell und im Geheimen im Land agieren? Hat die Macht des Informationsministeriums nachgelassen?

In Iran gibt es eine ganze Reihe von Geheimdiensten, die neben oder parallel zu dem Informationsministerium operieren, allen voran der Geheimdienst der Revolutionsgarden und die Geheimdienste, die dem Revolutionsführer unterstehen.

In dem Film kommen unter anderem zwei frühere hochrangige Verantwortliche für Sicherheit zu Wort: Dschawa Mansuri, der erste Befehlshaber der Revolutionsgarden, und Mohammad Reyschahri, erster Leiter des Informationsministeriums. Auch der amtierende Informationsminister Mahmud Alawi äußert sich zu dem Thema. Alle drei sprechen sich für die Vereinheitlichung der Geheimdienste aus. In dem Film werden auch neue Videoaufnahmen von „Regimefeinden“ gezeigt, die ihre „Verbrechen“ eingestehen, zum

Beispiel die „Geständnisse“ eines der führenden Monarchisten, Dschamschid Scharmad, der in eine Falle der Revolutionsgarden gelaufen war.

Vermutlich haben zwei wichtige Ereignisse im Sommer letzten Jahres das Informationsministerium zu der Vorführung des Dokumentarfilms gebracht: Der Anschlag auf die Atomanlage in Natans und das Attentat auf ein führendes Mitglied der Terrororganisation Al Kaida in Teheran. Der Film sollte einerseits die Errungenschaften des Informationsministeriums rühmen und zugleich die Schäden zeigen, die parallele Geheimdienste verursachen können.

Bevor das Informationsministerium in der Islamischen Republik gegründet wurde, waren mehrere Instanzen für die Sicherheit zuständig, darunter die Informationsabteilung der Revolutionsgarden, die sogenannten Revolutionskomitees und der militärische Abschirmdienst. In dem Dokumentarfilm wird dieser Zustand als schädlich bezeichnet. Diese parallelen Aktivitäten böten offene Lücken, in die die Feinde der Islamischen Republik eindringen könnten, heißt es. Die Kritik gegen die damaligen Zustände ist auch heute aktuell, vielleicht noch dringlicher als damals.

In dem Film sagt Dschawad Mansuri, ein früherer Kommandant der Revolutionsgarden: „Ein Problem, das Anfang der achtziger Jahre auffiel, war der Mangel an Kooperation und Konkurrenz der Geheimdienste. Manchmal verschwanden Informationen oder sie führten auf Irrwege. Es gab auch Missbrauch. Mitarbeiter, die aus einem Geheimdienst entlassen wurden, wurden von anderen Geheimdiensten eingestellt.“

Der Film beginnt mit der großen Explosion auf dem Tupchaneh-Platz im Zentrum der Hauptstadt Teheran Anfang der 80-er Jahre. Dieses Ereignis führte zur Gründung des Informations- oder besser des Reyschahri-Geheimdienstministeriums. Das Ministerium sollte fortan für die Sicherheit des Landes verantwortlich sein. Doch mit der Gründung des Geheimdienstministeriums beginnt der historische Konflikt zwischen diesem Ministerium und der Informationsabteilung der Revolutionsgarden. Zwar sollten dem damaligen, vom Parlament verabschiedeten, Gesetz nach sämtliche bestehenden Geheimdienste, also auch die Informationsabteilung der Garden und der militärische Abschirmdienst, auf das neue Ministerium übertragen werden, um Parallelaktivitäten auszuschließen. Doch, wie Reyschahri in dem Film sagte, erwies sich dieses Vorhaben als äußerst schwierig.

Vor der Gründung des Informationsministeriums hatten die Garden nach der Revolution alle Einrichtungen des Schah-Geheimdienstes übernommen, darunter moderne Abhörgeräte, Fahrzeuge und digitale Funkgeräte. Diese mussten nach der Gründung neben geheimen Akten dem neuen Ministerium übergeben werden. Das war für die Garden ein schwerer Machtverlust. Bekanntlich spielen Geheimdienste in totalitären Staaten eine wichtige, sogar zentrale Rolle. Diese Rolle und die mit ihr verbundene Macht und Einfluss wollten die Garden nicht aus der Hand geben. Die Folge war ein Konkurrenzkampf, der verstärkt bis heute andauert. Es ging sogar soweit, dass die Garden die Aktivitäten des Ministeriums zu torpedieren versuchten und umgekehrt. Der Kampf wird gelegentlich öffentlich ausgetragen. Als zum Beispiel die Garden die Umweltaktivisten unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit festnahmen, erklärte das Geheimdienstministerium, der Vorwurf sei völlig unbegründet, die Aktivisten seien unschuldig.

Durch die Parallelaktivitäten entstanden große Lücken im gesamten Sicherheitssystem des Landes. Um diese zu schließen, gründete Präsident Mahmud Ahmadinedschad den sogenannten „informativen Koordinationsrat,“ der alle Geheimdienstaktivitäten koordinieren sollte. Doch die neue Einrichtung funktionierte nicht. Inzwischen ist die Informationsabteilung der Garden weit mächtiger als das Geheimdienstministerium, das jetzt weitgehend an den Rand gedrängt ist.

## ÜBER 50.000 CORONA-OPFER, ÜBER EINE MILLION INFIZIERTE

Den Angaben der Sprecherin des Gesundheitsministeriums vom 5. Dezember zufolge wurden innerhalb von 24 Stunden 321 Corona-Tote und 12.151 Infizierte gemeldet. Damit steige die Zahl der Corona-Toten seit Februar insgesamt auf mehr als 50.000 und die der Infizierten auf mehr als eine Million, sagte Sima Lari.

Die Regierung hatte für zwei Wochen harte Einschränkungen für Großstädte angeordnet, was aber kaum Wirkung zeigte. Immerhin gab es während dieser Zeit keinen weiteren Anstieg der Zahl der Toten und Infizierten. Während nun die Politiker für eine Lockerung stimmten, um weitere wirtschaftliche Schäden zu vermeiden, plädierten die Wissenschaftler für die Beibehaltung des Lockdowns.

Führende Politiker erklärten, Iran sei beim Versuch, 20 Millionen Dosen Impfstoff zu kaufen, wegen bestehender Sanktionen auf Schwierigkeiten gestoßen. Demgegenüber sagte ein Sprecher des Konsortiums Covax, beim Verkauf des Impfstoffs an Iran gebe es keine Probleme. Covax ist eine Einrichtung, an der 76 wohlhabende Staaten beteiligt sind, Staaten, die sich verpflichtet haben, die Impfstoffe unter der Führung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gerecht an alle Staaten der Welt zu verteilen. Auch Iran gehört zu diesen Staaten.

Abdolnasser Hemmati, Direktor der Zentralbank, sagte am 7. Dezember, der Kauf des Impfstoffs müsse über die Weltgesundheitsorganisation erfolgen. Aber finanziell abgewickelt werde er durch Banken, die sich wegen „inhumanen Sanktionen der USA“ zurückhaltend verhielten. Er fügte hinzu: „Wir versuchen nun, den Impfstoff von anderen Staaten zu kaufen.“

Esfandiar Batmanghelitsch, Redakteur der Zeitschrift „Börse und Markt,“ sagte der Zeitung Washington Post, die Regierung von Präsident Trump weigere sich bewusst, die Sanktionen genau und transparent zu erläutern, so dass die Banken selbst bei Geschäften mit Medikamenten mit Iran unsicher seien.

Am 24. Dezember gab Hemmati bekannt, dass Iran 200 Millionen Euro für den Kauf von Impfstoffen bereitgestellt habe. „Wir sind diesbezüglich im direkten Kontakt mit dem Gesundheitsministerium.“ Sollte es nötig sein, werde der Betrag weiter erhöht werden. Ob der Import gelingen werde, könne er aber nicht garantieren. Mit Blick auf die vom US-Präsidenten verhängten Sanktionen gegen Iran sagte er weiter: „Wenn wir über die Einfuhr der Impfstoffe sprechen, verfluchen wir hundertmal diesen Trump, dem nicht einmal die Gesundheit der Menschen wichtig ist.“ Präsident Hassan Rohani sagte, er verspreche, den Impfstoff rechtzeitig zu importieren.

Es gibt aber auch Gegner der Einfuhr des Impfstoffs aus dem Ausland. Mohammad Resa Neghdi, Viz Koordinator der Revolutionsgarden, brachte unhaltbare Gründe gegen die Einfuhr vor und trat für die Unterstützung der Produktion eines iranischen Impfstoffs ein. Er empfahl den Mitgliedern der Garden und der Basidsch-Miliz, sich nicht mit ausländischen Impfstoffen impfen zu lassen, da diese gefährlich seien. Er sei nicht berechtigt, für alle Menschen in Iran zu entscheiden. Aber er werde unter keinen Umständen dem eigenen Personal ausländische Impfstoffe empfehlen. Ausländische Impfstoffe seien mit Genen manipuliert. Ausländische Produzenten könnten, wenn sie es wollten, unserem Volk große Schäden zufügen.

Ein dem Revolutionsführer Ali Chamenei unterstehender Stab erklärte am 24. Dezember, Iran sei dabei, einen Impfstoff gegen das Coronavirus zu produzieren. Es würden bereits Tests an Menschen durchgeführt. Auch Aliresa Biglari, Leiter des Pasteur-Instituts in Teheran, sagte, Iran habe gemeinsam mit einem anderen Land einen Impfstoff entwickelt, der wahrscheinlich im Januar als „iranischer Impfstoff“ auf den Markt kommen werde.

Am 26. Dezember sagte Rohani auf einer Sitzung des Corona-Krisenstabs, die vom Fernsehen live übertragen wurde, Iran müsse, um Impfstoffe einzuführen, das Geld an eine amerikanische Bank überweisen. „Aber da Amerika ein Dieb ist, wollen wir unser Geld an keine amerikanische Bank überweisen.“ Gerichtet an die USA sagte der Präsident: „Wo immer ihr unser Geld gefunden habt, habt ihr es geraubt. Ihr seid als Diebe bekannt. Wie könnten wir euch vertrauen?“

Die meisten Iraner möchten glaubwürdige Impfstoffe haben, vor allem Impfstoffe, die in den USA produziert werden. Doch die Führung des Landes gibt widersprüchliche Auskünfte. Der Rote Halbmond erklärte am 26. Dezember, er sei in Übereinstimmung mit dem Präsidenten dabei, Impfstoffe aus China einzuführen. Auch Rohani sagte auf einer Kabinettsitzung: „Wenn es woanders als bei Covax sichere Impfstoffe geben sollte, werden wir sie kaufen, dafür werden wir das Geld bereitstellen.“

Ende Dezember stellte das Gesundheitsministerium einen Rückgang der Zahl der Corona-Toten und Infizierten fest. Demnach lag am 26. Dezember die Zahl der Corona-Toten bei 130 pro 24 Stunden und die der Infizierten bei 6.000. „Wir müssen nun versuchen, zunächst den Status quo zu stabilisieren und dann die Zahlen noch weiter zu senken,“ sagte Rohani. Der Weg zur Normalität sei zwar noch weit, aber die jüngsten Fallzahlen und die Aussicht auf wirksame Impfstoffe ließen die Hoffnung auf bessere Zeiten zu.

Am 29. Dezember wurde zum ersten Mal der im eigenen Land entwickelte Impfstoff „Coviran Barekat“ im Beisein des Gesundheitsministers, Said Namaki, an drei Personen getestet. Nach dem Test an weiteren 56 Personen sollen etwa in einem Monat die Ergebnisse bekanntgegeben werden. Künftig sollen sowohl eigene als auch ausländische Impfstoffe benutzt werden, sagte Rohani. Er wies Bedenken, die gegen den eigenen Impfstoff geäußert wurden, zurück. „Ohne eine wissenschaftliche Argumentation behaupten einige, dass der hiesige Impfstoff nutzlos ist.“ Die Wirksamkeit des Impfstoffs könne nur von Wissenschaftlern nach Bekanntgabe der Testergebnisse festgestellt werden, sagte der Präsident.

---

## KULTUR

---

PEN fordert Umbenennung einer Berliner Straße nach dem Journalisten Sam / Nassrin Sotoudeh mit Eleanor-Roosevelt-Preis ausgezeichnet / Chefredakteur von „Iran-e Farda“ verhaftet

---

### **PEN FORDERT UMBENENNUNG EINER BERLINER STRASSE NACH DEM JOURNALISTEN SAM**

Wenige Tage nach der Hinrichtung des iranischen Journalisten Ruhollah Sam hat das deutsche PEN-Zentrum gefordert, dass ein Teil der Podbielskiallee in Berlin, in der sich die iranische Botschaft befindet, in Ruhollah-Sam-Allee umbenannt wird. „Wir bitten den Berliner Senat, sich diese Idee zu eigen zu machen und eine solche Umbenennung schnellstmöglich zu veranlassen, damit fortan jedes Schreiben an die Iranische Botschaft mit der Adresse Ruhollah Sam an dieses abscheuliche Verbrechen erinnert,“ sagte Leander Sukov, Vizepräsident des Schriftstellerverbands, am 15. Dezember in Darmstadt.

### **NASSRIN SOTOUDEH MIT ELEANOR-ROOSEVELT-PREIS AUSGEZEICHNET**

Die US-amerikanische Anwaltskammer hat die Anwältin und Menschenrechtsaktivistin, Nassrin Sotoudeh (siehe Seite 7) für ihren Einsatz für Menschenrechte mit dem diesjährigen Eleanor-Roosevelt-Preis ausgezeichnet. Der Preis wird jedes Jahr an Personen verliehen, die sich in besonderer Weise für Menschenrechte einsetzen. Mit

Sotoudeh erhielten Anthony Fauci, Direktor des Nationalen Instituts für Infektionskrankheiten der USA, und die amerikanische Sozialaktivistin Billie Jean King den Preis.

Sotoudeh bezeichnete dies in einer Videobotschaft, die während ihres Hafturlaubs aufgenommen wurde, als eine große Ehre, und würdigte die Aktivitäten von Eleanor Roosevelt, der ersten Vorsitzenden der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Sie sprach auch über die Rolle und Bedeutung der Menschenrechte für alle Nationen der Welt. Das Video wurde aufgezeichnet, bevor Sotoudeh ihren Hafturlaub abrechnen und ins Gefängnis zurückgehen musste.

### CHEFREDAKTEUR VON „IRAN-E FARDA“ VERHAFTET

Kaywan Samimi, Chefredakteur der Zeitschrift „Iran-e Farda,“ begab sich am 7. Dezember ins Gefängnis, um seine dreijährige Haftstrafe abzusitzen. Damit wird vermutlich auch das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt. Sein Anwalt Mostafa Neily sagte, der 71-jährige Samimi sei nach dem Erscheinen bei der Staatsanwaltschaft ins Gefängnis gebracht worden. Das Teheraner Revolutionsgericht hatte Samimi beschuldigt, in Kooperation mit anderen gegen die nationale Sicherheit des Landes agiert zu haben. Er wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Später wurde das Urteil vom Revisionsgericht bestätigt.

Anlass seiner Festnahme war die Teilnahme an einer Protestkundgebung von Arbeitern vor dem Parlament in Teheran. Er wurde dort vorübergehend festgenommen und später vom Revolutionsgericht verurteilt. Der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit protestierte gegen das „ungerechte Urteil.“ Auch die Organisation Reporter ohne Grenzen übte scharfe Kritik am Urteil und bezeichnete Samimi als „herausragenden Journalisten Irans.“

Samimi war zuvor Chefredakteur der Zeitschrift „Nameh,“ die später verboten wurde. Er hatte 2009 an den landesweiten Protesten gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad teilgenommen. Dafür musste er sechs Jahre im Gefängnis verbringen. Der Herausgeber von „Iran-e Farda“, Hamed Sahabi, erklärte, aufgrund eines Gerichtsurteils müsse er seine journalistische Tätigkeit vorläufig ruhen lassen. Daher werde das Erscheinen der Zeitschrift für eine bestimmte Zeit eingestellt. Die Zeitschrift „Iran-e Farda“ steht der „National-Religiösen Gruppe“ nahe, einer Gruppe, die immer wieder Repressionen ausgesetzt ist.

---

## WIRTSCHAFT

---

Parlament beschließt neues Gesetz zur Steigerung der Urananreicherung / Europäer sagen Teilnahme an Wirtschaftsforum mit Iran ab / Iran ist in der Lage, mehr Öl zu produzieren / Erste Zugverbindung zwischen Iran und Afghanistan eröffnet

---

### PARLAMENT BESCHLIEßT NEUES GESETZ ZUR STEIGERUNG DER URANANREICHERUNG

Das von Hardlinern und Konservativen beherrschte Parlament beschloss am 1. Dezember, die Urananreicherung von derzeit etwas mehr als vier Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Damit riskiert Iran einen eindeutigen Verstoß gegen das Wiener Abkommen von 2015. Ferner solle Iran aus dem Zusatzprotokoll aussteigen. Das Zusatzprotokoll erlaubt der Internationalen Atombehörde zu jeder Zeit und an jedem Ort in Iran ohne Vorankündigung Inspektionen durchzuführen. Das Gesetz trägt den Titel „Strategische Aktivitäten zur Rücknahme der Sanktionen und zur Verteidigung der Rechte des iranischen Volkes.“

Der Beschluss wird mögliche Verhandlungen zwischen Iran und den USA erheblich erschweren. Auch innerhalb der Staatsführung ist er umstritten. Das Teheraner Außenministerium bezeichnete das Gesetz als „kontraproduktiv.“ „Die Regierung hat dem Parlament mitgeteilt, dass dieser legislative Schritt weder nötig noch produktiv war und wahrscheinlich auch für das Volk wenig hilfreich sein wird,“ erklärte Said Chatibsadeh, Sprecher des Ministeriums. Bei dem Beschluss seien sachliche Argumente der Regierung völlig ignoriert worden.

Doch das Gesetz, das nach dem Attentat auf den iranischen Atomphysiker Mohssen Fachrisadeh im Eiltempo verabschiedet wurde, verpflichtet die Regierung zur Umsetzung. Sollte sie sich weigern, werden der Präsident sowie die Verantwortlichen für das Atomprogramm gerichtlich verfolgt. Die Regierung muss sofort alle Vorbereitungen für die Erhöhung der Urananreicherung auf 20 Prozent treffen. Sie muss dafür sorgen, dass monatlich mindestens 500 Kilogramm 20-prozentig angereichertes Uran produziert werden. Sie muss bis zum Jahresende (21. März) mindestens 1.000 neue und moderne Zentrifugen zur Urananreicherung einsetzen. Sie muss den umstrittenen Schwerwasserreaktor in Arak wieder umbauen. Sollten die Mitglieder des Atomabkommens, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China nicht innerhalb eines Monats die Abnahme des iranischen Ölexports und die Überweisung der Einnahmen nach Iran sichern, müsse die Regierung das Atomzusatzprotokoll kündigen. Der Wächterrat, dessen Zustimmung zu den Gesetzen nötig ist, hat bereits das Gesetz bestätigt.

Sollten diese Forderungen tatsächlich durchgesetzt werden, bliebe von dem bestehenden Atomabkommen kaum noch etwas übrig. Das heißt die Umsetzung des Gesetzes würde praktisch den Ausstieg Irans aus dem Atomabkommen bedeuten. Der Einzige, der die Umsetzung des Gesetzes verhindern könnte, ist Revolutionsführer Ali Chamenei. Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte am 3. Dezember, die Regierung sei mit dem Beschluss des Parlaments nicht zufrieden, doch sie sei verpflichtet, ihn umzusetzen, es sei denn die USA und andere Mitglieder des Abkommens würden ihre im Atomabkommen eingegangenen Pflichten voll erfüllen. Die künftige US-Regierung von Joe Biden müsse guten Willen zeigen.

Präsident Rohani hatte die Abgeordneten des Parlaments gewarnt, sich in Angelegenheiten der Außenpolitik des Landes einzumischen. „Unsere Brüder sollten keine voreiligen Entscheidungen fällen ... lasst doch jene, die sich in der Diplomatie auskennen, die Angelegenheit mit Bedacht und der nötigen Reife regeln,“ sagte er im staatlichen Fernsehen. Es sei nicht im Interesse des Volkes, das Atomabkommen von 2015 wegen interner Rivalitäten zu opfern.

Unabhängig von den Ereignissen in Iran erklärte der künftige US-Präsident Joe Biden seinen Willen zur Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran. Es gebe zwar Schwierigkeiten, wie zum Beispiel das iranische Raketenprogramm und die Rolle Irans in der Region. Aber der beste Weg, um voranzukommen, sei, sich zunächst mit dem Atomprogramm auseinanderzusetzen. Denn sollte Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen, werde es zwischen den Staaten der Region einen Wettlauf um den Besitz von Nuklearwaffen geben. „Verdammt nochmal, das Letzte, was wir in diesem Teil der Welt brauchen, ist ein Aufbau atomarerer Fähigkeiten,“ sagte er der New York Times.

Die europäischen Staaten übten scharfe Kritik gegen das neue Gesetz. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin bezeichnete am 7. Dezember das neue Gesetz als „zutiefst Besorgnis erregend.“ Die drei Staaten Großbritannien, Deutschland und Frankreich forderten in einer gemeinsamen Erklärung Iran auf, die beschlossenen Maßnahmen nicht umzusetzen. Offenbar sind auch die Europäer zu der von den USA vertretenen Ansicht gelangt, dass das Atomabkommen von 2015 erweitert und neu verhandelt werden müsse. Bundesaußenminister Heiko Maas sagte dem Spiegel am 4.

Dezember: „Eine Rückkehr zum bisherigen Abkommen wird nicht ausreichen. Es wird eine Art ‚Nuklearabkommen plus‘ geben müssen, was auch in unserem Interesse liegt.“

## **EUROPÄER SAGEN TEILNAHME AN WIRTSCHAFTSFORUM MIT IRAN AB**

Aus Protest gegen die Hinrichtung des iranischen Journalisten Ruhollah Sam haben die EU-Staaten ihre Teilnahme am europäisch-iranischen Wirtschaftsforum abgesagt (siehe 19/20). Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte am 14. Dezember am Rande von Gesprächen in Berlin: „Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben entschieden, nicht teilzunehmen.“ Das Forum sollte am 14. virtuell stattfinden. Unter den gegebenen Umständen sei die Konferenz nicht durchführbar, sagte Borrell. Diese Entscheidung werde jedoch auf die Entschlossenheit der EU, das Atomabkommen mit Iran zu retten, keinen Einfluss haben. In der Erklärung wurde die Hinrichtung Sams als Grund für die Absage nicht erwähnt. Doch den Adressaten war klar, was mit „unter gegebenen Umständen“ gemeint war.

Bereits vor der Absage der EU hatte Patrick Wintour, Redakteur der Zeitung The Guardian, der die Konferenz moderieren sollte, erklärt, er werde aus Protest gegen die „entsetzliche Hinrichtung“ des „Kollegen Ruhollah Sam“ auf seine Moderation verzichten. Er forderte die Staaten der EU auf, ihre Handelsbeziehungen zu Iran mit Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte zu verknüpfen.

Das für drei Tage geplante Wirtschaftsforum, an dem rund 3.000 Unternehmen teilnehmen wollten, war mit Blick auf die Krise, in der sich die iranische Wirtschaft befindet, enorm wichtig. Zu den Teilnehmern des Forums gehörten unter anderem die Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens, der EU-Außenbeauftragte sowie Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif.

Irans Präsident Hassan Rohani erklärte, er könne die Absage nicht nachvollziehen. „Die iranische Justiz ist unabhängig und ihre Urteile werden nach internen und nicht externen Kriterien gefällt,“ sagte er am 14. Dezember.

## **IRAN IST IN DER LAGE, MEHR ÖL ZU PRODUZIEREN**

Irans Präsident Hassan Rohani erklärte am 6. Dezember auf der Sitzung des „Wirtschaftskooperationsstabs,“ Iran sei in der Lage, die Ölproduktion rasch zu steigern. Er verwies auf die Zeit zwischen der Unterzeichnung des Atomabkommens und dem Austritt der USA aus dem Abkommen: „Wir konnten nach dem Abschluss des Abkommens und der Aufhebung der Sanktionen innerhalb kurzer Zeit den Ölexport auf zweieinhalb Millionen Barrel steigern. Auf der Basis dieser Erfahrung und mit Hilfe geeigneter Einrichtungen sind wir heute erst recht in der Lage, die Produktion rasch zu steigern.“ Die staatliche Nachrichtenagentur Irna berichtete, der „Wirtschaftskooperationsstab“ habe alle Maßnahmen veranlasst, um innerhalb von drei Monaten die Ölproduktion rasch steigern zu können.

Der iranische Ölexport war nach dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen drastisch gesunken. Während Iran im Jahr 2018 täglich 2,8 Millionen Barrel Öl pro Tag exportierte, sank im vergangenen Jahr der Export auf 200.000 Barrel pro Tag.

„Der Wirtschaftskrieg der USA hat Hindernisse für unseren Ölexport und den Export petrochemischer Produkte geschaffen. Doch die Hoffnung Trumps, den iranischen Export auf null zu reduzieren, wurde nie realisiert,“ sagte Rohani. Iran hofft nun, mit dem Regierungswechsel in Washington den Ölexport wieder erheblich steigern zu können. Das geht auch aus dem Haushaltsplan für das neue Jahr hervor, der eine Steigerung der Öleinnahmen um 323 Prozent vorsieht. Mohammad Bagher Nobacht, Leiter der

Organisation für Planung und Haushalt, sagte auf einer Pressekonferenz, der Ölexport werde im nächsten Jahr bei 2,3 Millionen Barrel pro Tag liegen.

## **ERSTE ZUGVERBINDUNG ZWISCHEN IRAN UND AFGHANISTAN ERÖFFNET**

Die Verantwortlichen der zweitgrößten Stadt Afghanistans, Herat, berichteten am 2. Dezember, der mit Gütern beladene Zug aus Iran, sei in der im Westen des Landes gelegenen Stadt eingetroffen. Es war der erste Warenaustausch zwischen Iran und Afghanistan, der mit der Eisenbahn erfolgte. Beladen war der Zug mit 500 Tonnen Zement aus Iran. Dschilani Farhad, Sprecher der lokalen Regierung, sagte der BBC, er hoffe, dass dies der Beginn einer neuen Epoche in den Handelsbeziehungen zwischen den Nachbarländern Iran und Afghanistan sein werde. Die erste Fuhre sei probeweise von Khaf (im Osten Irans) nach Herat gestartet worden. Die neu gebaute Eisenbahn werde in der ersten Phase für den Güterverkehr eingesetzt. In der zweiten Phase werde sie auch Passagieren zur Verfügung stehen. Gegenwärtig könne der Zug täglich vier bis fünf Tonnen Waren transportieren.

Mohammad Jamschams, Direktor der afghanischen Eisenbahn, sagte: „Wir haben alle Vorbereitungen getroffen und werden spätestens in zehn Tagen die Strecke offiziell eröffnen.“ Damit sei die Möglichkeit geschaffen, jährlich rund zweieinhalb Millionen Tonnen Waren von Iran nach Afghanistan zu transportieren.

Die geplante Strecke hat vier Abschnitte. Der erste und zweite Abschnitt, die sich auf iranischem Territorium erstrecken, haben zusammen eine Länge von 77 Kilometern, der dritte Abschnitt, der sich von der afghanischen Grenze bis Rosanak erstreckt, umfasst eine Länge von 46 Kilometern, der vierte Abschnitt schließlich hat eine Länge von 80 Kilometern und endet in der Industriestadt Herat. Diese letzte Strecke wird von Afghanistan gebaut und finanziert. Die Finanzierung der drei ersten Abschnitte hat Iran übernommen.

Hossein Sandscharani, Stadtkommandant von Khaf, sagte der Zeitung Dschomhuri Eslami, die neue Eisenbahnstrecke werde in Bezug auf den Warenaustausch zwischen Iran und Afghanistan und bei der Entwicklung der afghanischen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Iran habe auch für die Zeit nach der Fertigstellung der Eisenbahn für weitere sechs Monate die Ausbildung der Fachleute übernommen.

Am 10. Dezember wurde die neue Eisenbahn offiziell in Betrieb genommen. Die Eröffnung, die durch die beiden Präsidenten der Nachbarländer, Mohammad Aschraf Ghani und Hassan Rohani stattfand, erfolgte aufgrund der Corona-Pandemie virtuell. Der neue Zugverkehr erleichtert Afghanistan den Zugang zu den Häfen Irans. Damit besteht auch ein direkter Handelsweg von Afghanistan nach Europa sowie nach Russland.

---

## **AUSSENPOLITIK**

---

USA und Israel verstärken Präsenz im Persischen Golf / Trump warnt Iran /  
Parlamentsausschuss in Großbritannien will Revolutionsgarden auf Terrorliste setzen /  
Israel warnt vor Reaktionen durch Iran / Sarif: Taliban stehen bei uns noch immer auf der  
Terrorliste / EU über Hinrichtung des Journalisten Sam empört / Kanada will  
möglicherweise gegen Iran Klage einreichen / Sanktionen gegen zwei Personen im  
Zusammenhang mit der Entführung Levinsons / Rohani über Trumps Abgang erfreut /  
Bahrain fordert mehr Druck auf Iran / Israel greift erneut pro-iranische Stellungen in Syrien  
an / Saudi-Arabien bestreitet Beteiligung an Anschlag auf Atomwissenschaftler

---

## USA UND ISRAEL VERSTÄRKEN PRÄSENZ IM PERSISCHEN GOLF

Laut dpa vom 21. Dezember haben die USA ihre militärische Schlagkraft im Persischen Golf erheblich verstärkt. Die Fünfte Flotte der US-Marine in Bahrain gab bekannt, das Atom-U-Boot „USS Georgia“ sei in Begleitung von zwei weiteren Kriegsschiffen durch die Straße von Hormus gefahren. Das U-Boot ist, wie die Marine mitgeteilt habe, mit 154 Marschflugkörpern vom Typ Tomahawk bewaffnet und habe Platz für bis zu 66 Sondereinsatzkräfte, berichtete dpa am 21. Dezember.

Der Mitteilung der Marine zufolge soll die Machtdemonstration den regionalen Verbündeten der USA zeigen, dass die USA gewillt seien, die Sicherheit der Gewässer zu gewährleisten. In der Mitteilung wird nicht vom Persischen Golf gesprochen, sondern vom Arabischen Meer, eine für Iran provozierende Bezeichnung, die von einigen arabischen Staaten benutzt wird.

Gewöhnlich werden die Aktivitäten der amerikanischen U-Boote in der Region nicht bekanntgegeben. Einigen Medien zufolge geschieht dies nun nach acht Jahren zum ersten Mal.

Politische Beobachter bringen die jüngsten Aktivitäten der US-Marine mit den letzten Tagen der Regierung von Präsident Donald Trump in Verbindung. Zudem steht der Jahrestag des Attentats auf den iranischen General Ghassen Soleimani, den Kommandanten der Al-Kuds-Brigade bevor, was Iran zu einem Racheakt veranlassen könnte. Ohnehin haben sich die Konflikte zwischen Washington und Teheran in den letzten Wochen verschärft.

General McKenzie, Kommandeur des United States Central Command (CENTCOM), erklärte am 21. Dezember: „Sollte Iran am Todestag von General Soleimani Angriffe vornehmen, sind die USA für einen Gegenangriff vorbereitet.“ Und er fügte hinzu: „Wir sind bereit, uns und unsere Freunde und Verbündete in der Region zu verteidigen.“ Der General, der von einem unbekanntem Ort aus telefonisch mit einigen Journalisten verbunden war, sagte: „Nach meiner Einschätzung befinden wir uns in einer sehr guten Position und sind in der Lage, auf jeden möglichen Angriff Irans und seiner Verbündeten gebührend zu reagieren. McKenzie war zuvor zu Gesprächen mit amerikanischen und einheimischen Militärs in Bagdad und anschließend in Syrien gewesen. Medien haben auch über seine Besuche in Katar, Saudi-Arabien, den Arabischen Emiraten, Israel und Afghanistan berichtet. „Ich stehe täglich mit unseren Verbündeten sowie mit meinen Kommandeuren vor Ort in Verbindung.“

Am 22. Dezember berichteten israelische Medien, ein israelisches Kriegs-U-Boot habe mit Erlaubnis der ägyptischen Regierung den Sueskanal in Richtung Persischer Golf passiert. Der israelische Rundfunk bezeichnete dies als „eine klare Botschaft an Iran.“

## TRUMP WARNT IRAN

US-Präsident Donald Trump hat Iran mit Hinweis auf den Angriff gegen die US-Botschaft in Bagdad gewarnt. Sollte ein einziger Amerikaner getroffen werden, mache er Iran dafür verantwortlich, twitterte er. „Unsere Botschaft in Bagdad wurde am Sonntag (20. Dezember) mit Raketen angegriffen. Drei davon haben nicht funktioniert. Ratet mal, woher die Raketen kamen: Iran. Wir hören derzeit Geflüster über mehr Angriffe gegen US-Bürger in Irak. (...) Ich gebe Iran einen hygienischen Rat, sollte ein Amerikaner getötet werden, werde ich Iran dafür verantwortlich machen. Mehr braucht ihr nicht zu wissen.“

Die Medien berichteten am 22. Dezember über eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats in Washington, auf der über Maßnahmen gegen Angriffe, die sich gegen militärische oder diplomatische Stützpunkte der USA in Irak richteten, Übereinkunft erzielt

wurde, berichtete die Agentur Reuters. Sie beruft sich auf ungenannte Verantwortliche. Denen zufolge soll das Ergebnis Präsident Trump vorgelegt werden. Es ist nicht klar, ob zu den vorgesehenen Maßnahmen auch militärische gehören. In Washington wird befürchtet, Iran könnte den Todestag von General Ghassem Soleimani zum Anlass nehmen, Rache zu üben.

Die irakische Regierung macht eine „illegale Gruppe“ für den Raketenangriff gegen die US-Botschaft in Bagdad verantwortlich. Washington sieht eine pro-iranische Gruppe hinter dem Angriff. Bislang hat keine Gruppe die Verantwortung übernommen. Die Washington Post zitierte in ihrer Ausgabe vom 22. Dezember den Oberkommandierenden der CENTCOM, General McKenzie, der sagte, auch ein Jahr nach der Tötung Soleimanis habe Iran immer noch die Absicht, die Tat zu vergelten. „Die Iraner haben nie an unserer militärischen Stärke gezweifelt, doch sie zweifeln an unserem Willen, zurückzuschlagen.“ Der Tod von Soleimani habe Irans Rolle bei der Regierung und dessen Einfluss auf militante Gruppen im Irak geschwächt. Zugleich hätten die Gruppen jetzt eher die Möglichkeit, ohne eine Bestätigung von oben Angriffe durchzuführen. „Wir müssen auf solche Angriffe aufpassen,“ sagte der General.

Iran wies den Vorwurf zurück, an dem Raketenangriff gegen die US-Botschaft beteiligt gewesen zu sein. Trump versuche mit diesem Vorwurf von innenpolitischen Problemen abzulenken, vor allem von seiner „katastrophalen Niederlage“ beim Kampf gegen die Corona-Pandemie, twitterte Außenminister Mohammad Dschawad Sarif. Der Sprecher seines Ministeriums, Said Chatibsadeh, sagte, „Iran verurteilt Angriffe auf diplomatische Einrichtungen und auf Wohngebiete.“ Er warnte Trump vor Abenteuern in den letzten Tagen seiner Regierung. Die USA seien verantwortlich für „jede unbedachte Handlung in diesen Zeiten der Krise.“

### **PARLAMENTS-AUSSCHUSS IN GROßBRITANNIEN WILL REVOLUTIONSGARDEN AUF TERRORLISTE SETZEN**

Der außenpolitische Ausschuss des britischen Parlaments hat am 15. Dezember beschlossen, der Regierung vorzuschlagen, die iranischen Revolutionsgarden auf die Liste terroristischer Organisationen zu setzen. Ferner solle die Regierung die Inhaftierung britischer Staatsbürger/innen in Iran, wie Nasani Saghari-Ratcliffe, als „willkürlichen Freiheitsentzug und Geiselnahme“ bezeichnen und neue Wege finden, um dagegen vorzugehen. Unter dem Titel „Erfolg ist ohne Gerechtigkeit nicht möglich“ fordert der Ausschuss eine internationale langfristige Strategie gegen die „destabilisierenden Aktivitäten Irans“ in der Region.

Die Aktivitäten der Revolutionsgarden und deren kontinuierliche Unterstützung terroristischer Organisationen, die die Stabilität in den Staaten der Region zu zerstören versuchen, entsprechen genau den Maßstäben, die im Jahr 2000 im Gesetz zur Einstufung terroristischer Organisationen festgelegt worden seien, heißt es in der Stellungnahme des Ausschusses. Darin werden die Außen- und Innenminister aufgefordert, zu prüfen, ob für die Einstufung der Revolutionsgarden als terroristische Organisation genügend Fakten vorhanden seien. Die Einstufung wäre auch eine logische Folge der Einschränkungen, die die Europäische Union den Revolutionsgarden auferlegt habe, und der Entscheidung der Vereinigten Staaten von 2019, die Garden auf die Liste terroristischer Organisationen zu setzen.

Tatsächlich hatte US-Präsident Donald Trump im April 2019 die Garden auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Im Gegenzug beschloss das islamische Parlament in Teheran, das Pentagon sowie das United States Central Command (CENTCOM) als terroristisch einzustufen.

Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Londoner Parlaments, Tom Tugendhat, sagte am 15. Dezember: „Ein vollständiger Boykott der Revolutionsgarden wäre der natürliche nächste Schritt als Antwort auf die Unterstützung, die die Garden terroristischen Organisationen gewähren. Die zerstörerische Philosophie dieser Organisation in Iran und der gesamten Region ist Grund genug für einen vollständigen Boykott.“

Der Ausschuss bezeichnete das Atomabkommen mit Iran als „die Hülle einer Vereinbarung“ und forderte die Regierung auf, sich langfristig um einen Ersatz zu bemühen. Alle Unterzeichner des Abkommens sollten zu dem Abkommen zurückkehren und ihre Verpflichtungen voll erfüllen. Dabei sollte auch die Kritik der mit Großbritannien verbündeten arabischen Staaten, die ähnlich wie die der Vereinigten Staaten laute, berücksichtigt werden, wie zum Beispiel das iranische Raketenprogramm. Das Atomabkommen stehe trotz guter Absichten auf einer schwachen Grundlage, sagte Tugendhat. Sein Tod schein unvermeidlich zu sein. Vor allem nach dem Beschluss des iranischen Parlaments (siehe Seite 12/13) sei es nicht mehr zu retten.

Der Ausschuss forderte ferner die Regierung auf, neue Wege zu finden, um die „willkürlichen Festnahmen“ von Ausländern und britischen Staatsbürgern, das heißt der „Politik der Geiselnahme,“ ein Ende zu setzen.

### ISRAEL WARNT VOR REAKTIONEN DURCH IRAN

Nach dem Terroranschlag auf den iranischen Atomphysiker Mohssen Fachrisadeh, für den Teheran Israel verantwortlich macht, hat der Nationale Sicherheitsrat Israels die Bürger des Landes vor möglichen Reaktionen Irans gewarnt. Dabei gehe es vor allem um Gefahren für israelische Bürger, die sich in Georgien, Aserbaidschan, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain und in Afrika aufhalten, meldete dpa am 4. Dezember. Zahlreiche iranische Politiker haben nach dem Attentat von Vergeltung gesprochen.

Indes erklärte das Büro des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu laut dpa vom 27. Dezember, eine Rückkehr der USA zum Atomabkommen mit Iran wäre völlig abwegig. Das Abkommen beinhalte gravierende Fehler und sei keineswegs dazu geeignet, eine nukleare Bewaffnung Irans zu verhindern.

„Diese Vereinbarung hat Iran eine mit Gold gepflasterte Schnellstraße zum Bau der essenziell wichtigen Infrastruktur für ein ganzes Arsenal von Atombomben geliefert,“ heißt es in der Erklärung des Büros von Netanjahu. Zudem habe Iran durch das Abkommen die Möglichkeit erhalten, „Aggression und Terror im Nahen Osten zu verbreiten.“ „Es darf unter keinen Umständen eine Rückkehr zu diesem schlechten Deal geben.“

Auch Israels Botschafter in Deutschland, Jeremy Issacharoff, appellierte in einem Interview mit der Agentur AFP vom 26. Dezember an die USA, den Druck auf Iran aufrechtzuerhalten. Nicht Iran sei „Opfer,“ Leidtragende der aggressiven Politik Irans seien Israel und andere Staaten der Region, sagte er. Sollte es Verhandlungen zu einem neuen Abkommen geben, müsse auch das Verhalten Irans berücksichtigt werden.

Die USA traten 2018 aus dem Abkommen aus und verhängten harte Sanktionen gegen Iran. Der neu gewählte US-Präsident Joe Biden hat eine Rückkehr zu dem Abkommen angekündigt, allerdings solle das Abkommen erweitert werden und auch das iranische Raketenprogramm und die Rolle Irans in der Region einschließen. Auch die Europäer treten inzwischen für ein Folgeabkommen ein. Das begrüßt Issacharoff in dem Interview mit AFP. „Wir können die Uhr nicht einfach auf 2015 zurückdrehen,“ sagte er. Iran habe inzwischen sein Raketenprogramm weiterentwickelt und in der Region eine

„destabilisierende“ Rolle gespielt. Auch habe das Land mehrfach gegen das Abkommen verstoßen. All dies müsse Gegenstand der Verhandlungen sein, sagte der Botschafter.

### **SARIF: TALIBAN STEHEN BEI UNS NOCH IMMER AUF DER TERRORLISTE**

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte in einem Interview mit der afghanischen Agentur Tolu News am 19. Dezember auf die Frage, wie er die Taliban einschätze: „Aus iranischer Sicht sind die afghanischen Taliban eine terroristische Organisation.“ Aufgrund bestehender Gesetze habe Iran die Taliban noch nicht aus den Listen terroristischer Organisationen gestrichen.

Sarif hatte im vergangenen Jahr ein führendes Mitglied der Taliban im Teheraner Außenministerium empfangen. In einer Erklärung, die damals seitens der Taliban veröffentlicht wurde, hieß es, bei dem Treffen sei über „friedliche Lösungen der Probleme Afghanistans“ ausführlich gesprochen worden. Zuvor hatte die afghanische Regierung erklärt, Mitglieder der Taliban als Gast zu empfangen sei „ein Verstoß gegen Grundsätze zwischenstaatlicher Beziehungen.“ Trotz dieser Mahnung haben Vertreter der iranischen Führung sich auch später mehrmals mit den Taliban getroffen und die Organisation sogar gelobt. Kürzlich bezeichnete der Parlamentsabgeordnete Ahmad Naderi die Taliban als eine der „echten Bewegungen in der Region.“ Die Zusammenarbeit mit den Taliban könne zur Stabilität Afghanistans führen und den Einfluss des Islamischen Staats (IS) verhindern, sagte er.

Vor vier Jahren, als die Friedensgespräche zwischen den USA und den Taliban noch nicht begonnen hatten, reiste eine Delegation aus dem Büro der Taliban in Katar zu Gesprächen nach Teheran. Vor wenigen Wochen bezeichnete Hamid Dehghani, Irans Botschafter in Katar, die Taliban als eine „Bewegung;“ er veröffentlichte ein Foto mit Vertretern der Taliban, die in die Botschaft gekommen waren, um den Terroranschlag gegen den iranischen Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh zu verurteilen. Auch Rassoul Mussawi, zuständig für den Mittleren Osten im Teheraner Außenministerium, sagte kürzlich in einem Interview mit der Tageszeitung Etemad, Iran arbeite mit den Taliban zusammen, um die Sicherheit der Grenzen zu gewährleisten. Zuvor hatte Ali Schamchani, Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats, mit den Taliban Gespräche geführt.

Demgegenüber gibt es in Afghanistan immer wieder Protestdemonstrationen gegen die „Zusammenarbeit zwischen Iran und den Taliban.“

### **EU ÜBER HINRICHTUNG DES JOURNALISTEN SAM EMPÖRT**

Die EU hat am 12. Dezember die Hinrichtung des iranischen Journalisten Ruhollah Sam mit harten Worten auf das Schärfste verurteilt. Zudem haben sowohl Frankreich als auch Deutschland sich über die Nachricht entsetzt gezeigt.

Die Europäische Union verurteilte mit „härtesten Worten“ die Hinrichtung „auf das Schärfste“, wie es in der am 12. Dezember veröffentlichten Erklärung der EU heißt. „Wir werden uns mit aller Kraft weiterhin für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzen.“ Die iranische Justiz müsse die Rechte der Angeklagten sowie gerechte Gerichtsprozesse sichern und aufhören, Geständnisse, die im staatlichen Fernsehen gesendet werden, als Grundlage der Urteilsbegründung zu nutzen.

Die französische Regierung erklärte, die Hinrichtung des Journalisten Sam sei ein eindeutiger Verstoß gegen internationale Vereinbarungen über Freiheit der Presse und Meinungsäußerung. „Dieser barbarische, inakzeptable Akt steht im Widerspruch zu den

internationalen Verpflichtungen Irans,“ hieß es in der am 13. Dezember veröffentlichten Erklärung des französischen Außenministeriums.

Auch die deutsche Bundesregierung zeigte sich über die Hinrichtung entsetzt. „Wir sind schockiert über die Umstände, unter denen die Verurteilung erfolgt ist, besonders die vorausgehende Verschleppung aus dem Ausland,“ erklärte ein Sprecher des Außenministeriums in Berlin am 12. Dezember. Deutschland lehne die Todesstrafe als eine inhumane und brutale Form der Bestrafung grundsätzlich ab. „Wir fordern Iran dazu auf, das Recht auf freie Meinungsäußerung seiner Bürgerinnen und Bürger zu respektieren, alle politischen Gefangenen freizulassen und weitere Todesstrafen weder zu verhängen noch zu vollstrecken,“ sagte der Sprecher.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sprach von einer „schockierenden Eskalation in Irans Einsatz der Todesstrafe als Waffe der Unterdrückung.“ Sie hatte im Vorfeld versucht, die Vollstreckung zu verhindern und sowohl die EU als auch die UNO aufgefordert, sich für Sam einzusetzen.

Auch die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) reagierte mit Entsetzen auf die Hinrichtung Sams. „RSF ist empört über dieses neue Verbrechen der iranischen Justiz,“ twitterte die Organisation. Der eigentlich Verantwortliche für die Hinrichtung sei Revolutionsführer Ali Chamenei.

Das Teheraner Außenministerium bestellte am 13. Dezember den deutschen Botschafter in Teheran, Hans-Udo Muzel, ein, um gegen die „inakzeptable Einmischung“ der EU in innere Angelegenheiten Irans zu protestieren. Auch Frankreichs Botschafter Philippe Thiebaud wurde einbestellt.

Auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat die Hinrichtung Sams verurteilt. Die stellvertretende Leiterin der Sektion Nahost und Nordafrika, Diana Eltahawy, sagte am 12. Dezember: „Dass der oppositionelle Journalist Ruhollah Sam heute in der Frühe hingerichtet wurde, hat uns erstaunt und schockiert.“ Erst vor vier Tagen sei bekanntgegeben worden, dass der Oberste Gerichtshof das Todesurteil bestätigt habe. „Mit dieser Eile, mit der Sam hingerichtet wurde, wollte man, unserer Auffassung nach, einer internationalen Kampagne gegen die Vollstreckung des Urteils zuvorkommen,“ sagte Eltahawy. Die Todesstrafe gegen Sam sei nach internationalem Recht verboten, eine Hinrichtung ein tödlicher Verstoß gegen die Freiheit der Meinungsäußerung. „Sie zeigt, wie weit die iranische Führung zu gehen bereit ist, wenn es darum geht, Angst zu verbreiten und die Protestierenden zum Schweigen zu bringen.“ Die Welt dürfe nicht schweigend zuschauen. „Wir fordern die internationale Gemeinschaft, vor allem die Mitgliedstaaten der Menschenrechtsorganisation der UNO und der Europäischen Union auf, unverzüglich auf die iranische Führung Druck auszuüben, damit in Iran die Todesstrafe nicht mehr als ein Instrument politischer Unterdrückung eingesetzt wird,“ erklärte Eltahawy.

## **KANADA WILL MÖGLICHERWEISE GEGEN IRAN KLAGE EINREICHEN**

Kanadas Finanzministerin Chrystia Freeland erklärte in einem Interview mit der BBC am 19. Dezember, sollte ihr Land mit dem Ergebnis der Untersuchung des Abschusses der ukrainischen Passagiermaschine nicht zufrieden sein, werde sie beim Internationalen Gerichtshof gegen Iran eine Klage einreichen. Die Passagiermaschine war am 8. Januar wenige Minuten nach dem Abflug von iranischen Revolutionsgarden abgeschossen worden. Dabei kamen 157 Passagiere und neun Besatzungsmitglieder ums Leben, unter ihnen befanden sich zahlreiche kanadische Bürgerinnen und Bürger iranischer Herkunft. Das Interview mit der Ministerin wurde kurz nach der Veröffentlichung eines 72-seitigen Berichts geführt, den ein Berater des kanadischen Ministerpräsidenten über das Ereignis verfasst hatte. Darin wird Iran unter anderem vorgeworfen, dem Leben unschuldiger

Menschen keinen Wert beizumessen. Daher dürfe Iran allein nicht die Untersuchung überlassen werden.

Unter den Toten seien 138 Personen entweder kanadische Staatsbürger oder in irgendeiner Weise mit Kanada verbunden gewesen, sagte die Ministerin. „Selbstverständlich haben wir das Recht, die Untersuchungen bis zum Ende fortzusetzen, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und die Hinterbliebenen Gerechtigkeit erfahren werden.“ Über Entschädigungen werde mit Iran verhandelt. Sollten die Hinterbliebenen mit der Bestrafung der Schuldigen und mit der Höhe der Entschädigung nicht zufrieden sein, werde Kanada sich an den internationalen Luftfahrtverband wenden. Sollte dies auch nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, werde Kanada beim Internationalen Gerichtshof gegen Iran Klage einreichen, drohte die Ministerin.

Iran reagierte auf die Vorwürfe und Drohungen mit heftigen Gegenvorwürfen. Kanada wolle mit dem Leid der Menschen Geschäfte machen, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Said Chatibsadeh, am 20. Dezember der Presse in Teheran. Von Anbeginn habe sich das Land unnötig eingemischt und versucht, einen natürlichen Verlauf der Untersuchung zu verhindern. Kanadas Verhalten sei nichts als Stimmungsmache, es sei politisch und widerspreche juristischen Vorschriften. Er möchte die kanadische Ministerin bitten, keine Schritte zu unternehmen, für die sie zur Verantwortung gezogen werden könne. Er fügte hinzu, der „technische Bericht über den Absturz der Maschine“ sei erstellt und werde bald veröffentlicht.

Indes hat der stellvertretende Leiter des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik im iranischen Parlament, Schahriar Heydari, am 21. Dezember erklärt, Kanada habe die Absicht, „den Absturz der Maschine als gewollt darzustellen, was dem Land aber nicht gelingen könne. Die Untersuchung der Black Box habe eindeutig ergeben, dass es sich bei dem Unfall um einen unbeabsichtigten menschlichen Fehler gehandelt habe. Es gebe keinen logischen Grund für einen beabsichtigten Abschuss eines Passagierflugzeugs, sagte Heydari. Kein Land würde mit Absicht seinem eigenen Ansehen schaden. Der Absturz der Maschine habe Iran sehr geschadet und das Land in Schwierigkeiten gebracht. Iran habe sich für den Fehler entschuldigt. Es gebe keinen Grund, weitere Untersuchungen durchzuführen.

Kanada lehnt diese Darstellung ab und wirft Iran Manipulation vor. Die Hinterbliebenen sind über das Verhalten Irans wütend. Chosro Malek, Vater von Maryam Malek, die bei dem Abschuss ums Leben gekommen ist, sagte, die Untersuchung sei „Verbrechern“ überlassen worden, deren „Hände mit dem Blut der Opfer besudelt sind.“

Am 30. Dezember erklärte sich Iran zur Zahlung von Entschädigungen an die Hinterbliebenen der 176 Todesopfer bereit. Demnach soll jede Opferfamilie 150.000 Dollar erhalten. Die Zahlungen sollen umgehend erfolgen, erklärte die Rechtsabteilung des Präsidialamts. Ein Sprecher der Opferfamilien sagte, erst sollten Gerechtigkeit durchgesetzt und die Schuldigen benannt und bestraft werden. Das sei wichtiger als jede Art von Entschädigung.

### **SANKTIONEN GEGEN ZWEI PERSONEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ENTFÜHRUNG LEVINSONS**

Die USA haben im Zusammenhang mit der Entführung des ehemaligen US-Agenten Robert Levinson gegen zwei Iraner Sanktionen verhängt. Laut dem US-Finanzministerium waren die Iraner Mohammad Baseri und Ahmad Chasai an der Entführung, Inhaftierung und möglicherweise auch an dem Tod des Amerikaners beteiligt.

Den Angaben des Chefs der Bundespolizei FBI, Christopher Wray, zufolge hatte Iran versprochen, alle Aktivitäten zu unterstützen, um eine Rückkehr Levinsons zu

ermöglichen. Das sei jedoch nie geschehen, sagte er. „Die Wahrheit ist: Iranische Geheimdienstoffiziere waren mit der Zustimmung ranghoher iranischer Vertreter in Bobs Entführung und Verschleppung verwickelt,“ sagte Wray.

Levinson wurde zuletzt 2007 auf der Insel Kisch am Persischen Golf gesehen. Danach fehlt von ihm jede Spur. Iran bestreitet bis heute, mit dem Fall Levinson etwas zu tun gehabt zu haben. Demgegenüber erklärte das Finanzministerium in Washington, die iranische Führung habe der Entführung Levinsons und seiner Inhaftierung zugestimmt und versucht, mit propagandistischen Mitteln von jedem Verdacht auf Iran abzulenken. „Der iranische Staat setzt die Inhaftierung von Ausländern und die Geiselnahme von Doppelstaatlern fort, um politische Ziele durchzusetzen,“ heißt es in der Erklärung des US-Finanzministeriums.

2010 wurde ein Video veröffentlicht, auf dem Levinson zu sehen war, in einen orangefarbenen Gefangenenanzug gekleidet. Auf einem Zettel stand „Helft mir“. 2013 berichteten amerikanische Medien, Levinson sei im Auftrag der CIA in Iran gewesen. Der Familie seien 2,5 Millionen Dollar Entschädigung gezahlt worden.

Die Familie Levinsons erklärte vor acht Monaten, sie sei aufgrund der Informationen, die sie von amerikanischen Behörden erhalten habe, zu der Ansicht gelangt, dass Levinson im Gefängnis gestorben sei. Er wäre in diesem Jahr 72 Jahre alt geworden.

Laut Angaben des Finanzministeriums handelt es sich bei Baseri um einen hochrangigen 48-jährigen Offizier des iranischen Geheimdienstes, der als Experte für Antispyionage innerhalb und außerhalb Irans tätig ist. Er habe zu Geheimdienstlern anderer Staaten Kontakt gehabt und habe versucht, gemeinsam mit ihnen amerikanischen Interessen Schaden zuzufügen.

Chasai ist den Angaben des Ministeriums zufolge 60 Jahre alt. Er ist ein hochrangiger Angestellter des Informationsministeriums. Er gehört zu den Organisatoren der Auslandsspionage.

US-Außenminister Mike Pompeo warf Iran vor, ausländische Staatsbürger oder Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft dazu zu benutzen, bestimmte Forderungen durchzusetzen. Die US-Regierung werde alles daransetzen, die amerikanischen Bürger, die sich in iranischer Haft befinden, so rasch wie möglich frei zu bekommen.

## **ROHANI ÜBER TRUMPS ABGANG ERFREUT**

Irans Präsident Hassan Rohani zeigte sich über den Abgang von US-Präsident Donald Trump unverblümt erfreut. Zwar herrsche in Iran keine große Begeisterung über den künftigen Präsidenten Joe Biden, sagte er auf einer Kabinettsitzung am 16. Dezember. „Aber wir sind sehr glücklich, dass Trump abtritt.“ Trump sei ein „Tyrann,“ ein „Terrorist und Mörder,“ sagte Rohani mit Blick auf den „maximalen Druck,“ den Trump gegen Iran verordnete und auf das Attentat gegen General Soleimani, das Trump persönlich in Auftrag gegeben hatte.

Im Gegensatz zu Rohani betrachtet Revolutionsführer Ali Chamenei den Regierungswechsel in Washington nicht unbedingt als eine positive Entwicklung für Iran. „Die Feindseligkeiten (zwischen Iran und den USA) sind nicht auf Trumps Amerika beschränkt und werden nicht enden, nur weil er sein Amt verlässt,“ sagte er. „Traut dem Feind nicht. Das ist mein ausdrücklicher Rat.“

## **BAHRAIN FORDERT MEHR DRUCK AUF IRAN**

Der Außenminister von Bahrain, Abdel Raschid Ben Rasched Siani, forderte bei einem Gespräch mit den Vertretern der USA über eine gemeinsame Strategie in der Region die Weltgemeinschaft auf, mehr Druck auf Iran auszuüben, damit Iran sein Verhalten ändert. Er verwies auf das iranische Raketenprogramm und die Rolle Irans in der Region. Iran mische sich in Angelegenheiten anderer Länder ein und bedrohe „heute mehr denn je die Stabilität und Sicherheit der Region.“ Er hoffe, dass die bilaterale Beziehung zwischen Washington und Manama Bahrain und anderen Staaten der Region die Stärke verleihen werde, sich selbst schützen und sich gegen Iran zur Wehr setzen zu können.

US-Außenminister Mike Pompeo, der an diesem virtuellen Treffen teilgenommen hatte, bedankte sich für die Rolle, die Bahrain bei dem „maximalen Druck“ auf Iran gespielt habe. Durch diesen Druck habe Iran mehrere zehn Milliarden Dollar verloren, sagte er. Auch er bezeichnete das iranische Regime als „größte Gefahr“ für die Sicherheit des Persischen Golfs. „Wir (die USA und Bahrain) kennen den aggressiven Charakter des Regimes in Teheran und sind uns wohl bewusst, dass, immer wenn vom Widerstand gegen Iran und anderen Dingen die Rede ist, Israel ein wichtiger Verbündeter, und nicht ein Problem ist.“ Pompeo war am 18. November nach Jerusalem gereist, um an dem Treffen USA, Israel und Bahrain teilzunehmen.

## **ISRAEL GREIFT ERNEUT PRO-IRANISCHE STELLUNGEN IN SYRIEN AN**

Israel hat erneut pro-iranische Stellungen in dem Bürgerkriegsland Syrien angegriffen, berichtete dpa am 25. Dezember. Dabei seien mindestens sechs mit Iran verbündete Kämpfer getötet und irakische Waffenlager und Anlagen zum Bau von Raketen zerstört worden. Die Agentur beruft sich auf einen Bericht der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Demnach seien die Projektile aus dem libanesischen Luftraum abgefeuert worden.

Israel übernimmt nur in den seltensten Fällen die Verantwortung für die häufigen Angriffe gegen Ziele in Syrien. „Wir kommentieren keine ausländischen Berichte,“ sagte die israelische Armeesprecherin auf Anfrage der dpa. Die Angriffe richten sich zumeist gegen iranische Stützpunkte oder auf Stellungen von pro-iranischen Gruppen. Ziel der Angriffe ist, Irans Einfluss in Syrien zu unterbinden.

Einem Bericht der Agentur Reuters vom 1. Dezember zufolge wurde bei einem Angriff im Grenzgebiet zwischen Irak und Syrien ein Kommandeur der iranischen Revolutionsgarden getötet. Nach Informationen der irakischen Sicherheitskräfte befand sich der Kommandeur, dessen Identität nicht bekannt ist, in einem mit Waffen beladenen Fahrzeug. Er wurde gemeinsam mit drei weiteren Insassen beim Überqueren der Grenze nach Syrien getötet.

## **SAUDI-ARABIEN BESTREITET BETEILIGUNG AN ANSCHLAG AUF ATOMWISSENSCHAFTLER**

Saudi-Arabien hat bestritten, an dem Attentat gegen den iranischen Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh beteiligt gewesen zu sein. Außenminister Adel al-Dschubeir wies laut einem Bericht der AFP vom 1. Dezember die Vermutung seines iranischen Amtskollegen, Mohammad Dschawas Sarif zurück, in den Mordanschlag verwickelt gewesen zu sein. Dass Sarif Saudi-Arabien für „alles Schlechte“ schuldig mache, deutete auf „Verzweiflung,“ twitterte der Minister. „Wird er uns die Schuld am nächsten Erdbeben oder der nächsten Überschwemmung geben?“

Attentate gehörten nicht zu der Politik Saudi-Arabiens, sagte der Minister. Sarif hatte ein Treffen des Kronprinzen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu

Ende November als „Verschwörung“ bezeichnet. „Bei dem Treffen wurde die Basis für den Mord bereitet,“ hatte Sarif auf Twitter geschrieben. „Die Unterstützer der Politik des maximalen Drucks sind bemüht, die Stimmung, die nun für die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran entstanden ist, in den letzten Tagen der Regierung Trump zu kippen. Das verzweifelte Herumirren von Pompeo in der Region, das trilaterale Treffen in Saudi-Arabien und die Erklärungen Netanjahus zeugen von einer Verschwörung, die bedauerlicherweise in einem Terroranschlag gegen eine der herausragendsten Persönlichkeiten unseres Landes mündete.“

Saudi-Arabien hatte Berichte über das Treffen mit Netanjahu dementiert, doch israelische Regierungskreise bestätigten die Nachrichten. Demnach soll auch US-Außenminister Mike Pompeo an dem Treffen teilgenommen haben.

Saudi-Arabien gehörte zu den wenigen Staaten, die das Attentat auf Fachrisadeh nicht verurteilten. Dazu sagte Teherans Außenamtssprecher Said Chatibsadeh: „Das Land, das zu dem Attentat nicht Stellung genommen hat, sollte seine Politik überdenken.“ Wenige Stunden danach sagte der ständige Vertreter Saudi-Arabiens bei der UNO, Saudi-Arabien lehne die Politik des Terrors ab. „Der Verlust eines islamischen Wissenschaftlers ist ein Verlust für die gesamte islamische Welt.“

Andere arabische Staaten haben das Attentat verurteilt, sogar Bahrain, das seine diplomatischen Beziehungen zu Iran abgebrochen hat.

Bemerkenswert ist, dass der UN-Sicherheitsrat nicht zu dem Attentat Stellung genommen hat. Der südafrikanische Botschafter bei der UNO, der turnusgemäß dem Rat vorsitzt, sagte, kein Ratsmitglied habe eine Debatte über den Fall beantragt, obwohl Iran den Rat zu einer Stellungnahme aufgefordert hatte.